

**Motion****0170** Schärer, Bern (GB)

Weitere Unterschriften: 3

Eingereicht am: 15.11.2004

**Pakt für Beschäftigung der Jungen**

Angesichts der alarmierenden Jugendarbeitslosigkeit wird der Regierungsrat beauftragt, sich für einen "Pakt für die Beschäftigung der Jungen" einzusetzen und mit der Vertretung der Wirtschaft zusammen nach Möglichkeiten zu suchen, die erwerbslosen Ausgelernten im Lehrbetrieb während eines Jahres weiter zu beschäftigen. Dies soll jedoch nicht zu Lasten der beruflichen Grundbildung geschehen. Die Weiterbeschäftigung im Betrieb soll nach Möglichkeit über den Pilotartikel der Arbeitslosenversicherung finanziert werden.

**Begründung:**

Im Kanton Bern sind laut Arbeitsmarktstatistik 653 Jugendliche Lehrabgängerinnen und – abgänger auf Stellensuche (Stand Oktober 2004). Gegenüber Oktober 2003 ist dies eine deutliche Zunahme (Oktober 2003: 367). Dies zeigt, dass die Jugendarbeitslosigkeit trotz anziehender Konjunktur ein gravierendes und vor allem anhaltendes Phänomen ist. Wie auch die seco-Arbeitsmarktstatistik der 15- bis 24jährigen ("Volkswirtschaft" 10/04) und die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (Sake) des Bundesamtes für Statistik (BFS) zeigen, liegt die Jugendarbeitslosigkeit rund einen Viertel höher als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit.

Die Jugendarbeitslosigkeit an dieser Schnittstelle entwickelt sich entlang der Konjunktur. Allerdings sind die 20- bis 24jährigen weit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Prognosen für den konjunkturellen Aufschwung sind umstritten. Die Hoffnung, dass die Jungen mit dem Aufschwung automatisch ins Beschäftigungssystem gelangen können, ist selbst beim seco gering.

Die Forderung nach einer Weiterbeschäftigung der Ausgelernten im Lehrbetrieb während mindestens eines Jahres ist zentral. Zu beachten ist allerdings, dass dies nicht zu Lasten der 15- bis 19jährigen geschehen darf. Es wäre aber verfehlt, diese beiden höchst sensiblen Altersgruppen gegeneinander auszuspielen.

Damit das Herumreichen des Schwarzen Peters vermieden wird, sind jene Betriebe, die sich nicht an der beruflichen Grundbildung beteiligen – die grosse Mehrheit -, stärker herausgefordert, junge Ausgelernte einzustellen, als die in der beruflichen Grundbildung aktiven Betriebe.

Damit dies in einer konjunkturell noch unklaren Lage leichter geschieht, soll die Arbeitslosenversicherung mit ihrer Möglichkeit des Pilotartikels Finanzierungen von Weiterbildungen übernehmen.

*Es wird Dringlichkeit verlangt.**Gewährt: 18.11.2004*

## Antwort des Regierungsrates

Die Beobachtung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit gehört zu den dauernden Aufgaben des Kantons, die vom beco Berner Wirtschaft wahrgenommen werden. Die Resultate werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht ([www.vol.be.ch/beco](http://www.vol.be.ch/beco) => Arbeit). In der Volkswirtschaftskommission und der Kantonalen Arbeitsmarktkommission besprechen Sozialpartner und die Verwaltung regelmässig die Arbeitsmarktsituation. Auch der Bund (Staatssekretariat für Wirtschaft seco) befasst sich mit dem Thema und stellt den Kantonen Grundlagen zur Verfügung.

Neben der konjunkturellen Entwicklung wirken sich die Bevölkerungsentwicklung und die Besonderheiten des Arbeitsmarkts stark auf die Zahl der arbeitslosen jungen Personen aus. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ist noch bis ins Jahr 2007 damit zu rechnen, dass die Altersgruppe der 15 bis 19-Jährigen jährlich um ein Prozent wächst. Die Zahl der 20 bis 24-Jährigen wird in den Jahren 2008 bis 2012 zunehmen. Die Arbeitslosigkeit unter Lehr- und Studienabgängern schwankt im Jahresverlauf stark. Nach dem Abschluss der Ausbildungsgänge steigt die Arbeitslosigkeit unter jungen Personen jedes Jahr stark an, bis diese Personen vom Arbeitsmarkt aufgenommen worden sind. Deshalb ist die Jugendarbeitslosigkeit im Herbst erfahrungsgemäss grösser als anfangs Sommer. Die Arbeitslosigkeit ist bei den jungen Arbeitnehmenden (15 bis 24-Jährige) regelmässig höher als im Durchschnitt. Dagegen ist ihre Dauer kürzer als bei anderen Altersgruppen. Diese Entwicklung ist keine Besonderheit des Kantons Bern oder der Schweiz, sondern auch in den benachbarten EU-Ländern zu beobachten. Unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung wird aus den dargestellten Gründen die Integration junger Arbeitnehmender in den Arbeitsmarkt die Schweiz in den nächsten Jahren weiterhin beschäftigen. Dabei ist davon auszugehen, dass selbst in einem optimalen System die Arbeitslosigkeit junger Erwachsener, die sich neu ins Erwerbsleben einfügen müssen, nie ganz verschwinden wird.

Die in der Motion angesprochene Entwicklung ist für die Behörden weder neu noch in ihrem Ausmass unerwartet. Für den Kanton Bern können die Zahlen folgendermassen in einem längerfristigen Überblick dargestellt werden: Jeweils Ende Oktober waren im Jahr 1997 942, im Jahr 2000 105 und im Jahr 2004 653 Lehrabgänger als arbeitslos gemeldet. Im Jahr 2004 wurde die höchste Zahl im August erreicht (667 Personen). Im November fiel die Zahl bereits wieder auf 554 Personen.

Die Arbeitslosenversicherung kennt verschiedene Massnahmen, die sich gezielt mit den Bedürfnissen junger Arbeitsloser auseinandersetzen wie Motivationssemester, Ausbildungs- und Berufspraktika oder Übungsfirmen. Das Angebot wird laufend überprüft und den veränderten Gegebenheiten angepasst. Zudem ist die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) im Aufbau. Die IIZ dient der Koordination zwischen den verschiedenen Stellen, die sich mit Fragen befassen, die mit Arbeitslosigkeit, Ausbildung und Integration ins Berufsleben im Zusammenhang stehen. Im Kanton Bern wird diese Aufgabe durch die Volkswirtschaftsdirektion, die Erziehungsdirektion und die Gesundheits- und Fürsorgedirektion gesichert. Seit 2005 werden auch die Fachstelle Integration und die Invalidenversicherung (IV) einbezogen. Die Erziehungsdirektion und die Gesundheits- und Fürsorgedirektion planen gemeinsam die Durchführung einer niederschweligen Vorlehrklasse mit 24 Plätzen, welche für junge Erwachsene ohne Berufsausbildung vorgesehen ist. Mit der Volkswirtschaftsdirektion zusammen werden im Frühjahr 2005 von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion 75 zusätzliche Plätze in einem so genannten Vor-Motivationssemester bereitgestellt. Zudem überarbeitet die Gesundheits- und Fürsorgedirektion das Konzept der „Beschäftigungsmassnahmen für nicht mehr versicherte Erwerbslose“ und berücksichtigt darin die jungen Erwachsenen als spezifische Kategorie. Ein wichtiger Aspekt ist die Diskussion des Themas in der Öffentlichkeit. Am 16. Februar 2005 organisiert beispielsweise die Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion einen Aktionstag für die Berner Jugend und den Grossen Rat unter dem Titel „Augen auf ... unsere Zukunft – Ausbildungs- und Arbeitssituation von Jugendlichen“.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass vor allem kurzzeitige Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehr- und Studienabgänger geschaffen werden müssen, um ihre Qualifikation im Arbeitsmarkt zu verbessern. Im Vordergrund stehen Praktikumsplätze mit einer Einsatzdauer von bis zu sechs Monaten, in denen erste Berufserfahrungen gesammelt werden können. Die Volkswirtschaftsdirektion und die Erziehungsdirektion haben im letzten Sommer gemeinsam die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf die Vorteile des Berufspraktikums aufmerksam gemacht. Auch für das Jahr 2005 ist eine solche Aktion vorgesehen. Der Kanton Bern wirkt in einer Arbeitsgruppe des seco mit, die weitere Massnahmen zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Junge erarbeitet. Für kaufmännische Berufe gibt es zudem Übungsfirmen. Die Stadt Bern hat im Weiteren beschlossen, im Jahr 2005 analog dem Projekt „job-factory“ in Basel ein Angebot von 40 bis 60 Arbeitsplätzen für junge Stellensuchende zu schaffen, aufgeteilt auf sechs Berufsfelder. Der Regierungsrat unterstützt auch den Aufruf des seco und des Arbeitgeberverbandes zur Schaffung zusätzlicher Praktikumsplätze in der Wirtschaft.

Der vorgeschlagene Pakt für die Beschäftigung der Jungen sieht die Weiterbeschäftigung von erwerbslosen Lehrabgängern während eines Jahres vor. Sie soll nach Ansicht der Motionärin über den Pilotartikel der Arbeitslosenversicherung finanziert werden. Ob dies überhaupt möglich wäre, ist fraglich, weil Berufspraktika bereits bekannt sind und die blosser Mengenausweitung über den Pilotartikel nicht unterstützt werden kann. Damit ein solches Angebot zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beiträgt, müssten die Plätze zusätzlich zu den bestehenden Arbeitsplätzen bereitgestellt werden. Die erforderlichen Mittel wären erheblich: Bei geschätzten Kosten von 18'000 Franken je Jahr für einen Praktikumsplatz würden sich die Kosten bei 500 Plätzen auf 9 Millionen Franken im Jahr belaufen. Ein solch starker Eingriff in den Arbeitsmarkt würde falsche Zeichen setzen. Ohne steigende Nachfrage nach Arbeitskräften verstärkt die Unterstützung voll ausgebildeter Personen den Druck auf den Arbeitsmarkt. Bei einer gesicherten Weiterbeschäftigung während eines Jahres fehlt zudem der Anreiz zur Suche nach einer neuen Dauerstelle. Die Problematik der fehlenden Stelle würde deshalb nur um ein Jahr verschoben.

Langfristig sind die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit nur durch ein Angebot an Arbeitsplätzen zu lösen, das der Nachfrage nach Arbeit entspricht und keine Lohnsubventionen erfordert. Voraussetzung dafür bildet das nachhaltige Wachstum der bernischen Wirtschaft. Mit seiner Weiterentwicklung der Wachstumsstrategie setzt sich der Regierungsrat dafür ein. Die Massnahmen, wie sie im Bericht vom 11. Februar 2004 dargestellt sind, werden nun umgesetzt.

Zusammenfassend ist der Regierungsrat der Auffassung, dass die vorgeschlagene Weiterbeschäftigung von einem Jahr zu weit geht und einen falschen Anreiz setzt. Müssten die Massnahmen durch den Kanton finanziert werden, wären die dafür erforderlichen Mittel nicht vorhanden. Ein neuer Pakt ist auch deshalb nicht nötig, weil die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern gut ist. Die Anpassung des Angebots an Massnahmen für arbeitslose Jugendliche und dessen Bekanntmachung ist Teil des normalen Vollzugs und bedarf keines neuen parlamentarischen Auftrags. Angesichts dieser Sachlage lehnt der Regierungsrat die Schaffung eines zusätzlichen Pakts für Beschäftigung der Jungen ab.

#### **Antrag:**

Ablehnung der Motion

An den Grossen Rat